

Erzwingt die Finanzkrise ein neues Zeitalter der friedlichen und nachhaltigen Konfliktlösung? © ¹

Plädoyer für ein neues globales Organ: **Millennium Mediation Center – MMC**

Essay von Dr. Harald Cronauer

Papst Benedikt XVI. und Friedensnobelpreisträger Obama gehen Hand in Hand voran, um uns per seelenverwandter, innovativer Vision in eine neue, friedlichere Welt zu führen. Obama wagt den Paradigmenwechsel für einen globalen „New deal“, der seinem Nobelpreis für „antizipierte“ Friedenstaten Berechtigung verleiht.

„Jetzt ist der Moment, in dem wir gemeinsam diesen Planeten retten müssen!“ offenbart Obama seine und unsere Mission und ergänzt: „Jetzt ist die Zeit, neue Brücken zu bauen!“. In seiner jüngst veröffentlichten Enzyklika „caritas in veritate“ beschreibt Papst Benedikt XVI. unsere Sendung für das 21. Jahrhundert wie folgt: „Um die Weltwirtschaft zu steuern, ... eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten **politischen Weltautorität** dringend nötig!“. Schon in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung am 18. April vergangenen Jahres hatte der Papst diesen Bedarf im Hinblick auf Konfliktlösungen anklingen lassen: „Es bedarf einer vertieften Suche nach Möglichkeiten, um Konflikten vorzubeugen und sie zu kontrollieren, indem alle Mittel genutzt werden, über die die Diplomatie verfügt und indem auch dem schwächsten Anzeichen von Dialog und Versöhnungswillen Aufmerksamkeit und Ermutigung geschenkt wird“. Konkret stellt der Papst fest: „Der Dialog sollte als das Mittel erkannt werden, durch das die verschiedenen Teile der Gesellschaft ihre Sichtweise artikulieren können und durch das sie einen Konsens um die einzelnen Werte und Ziele betreffende Wahrheit herum aufbauen können.“ Ziel müsse es sein, am Ende „vollständigen Respekt vor der Wahrheit, der Koexistenz der Rechte und der Versöhnung zu erreichen“, er fordert „innovative Formen“.

Während der Papst allein von der christlichen Botschaft beseelt diesen Weg beschreitet, scheint bei Obama noch ein anderes Kalkül, nämlich der nackte Zwang mangelnder Ressourcen, dahinter zu stehen. Obama hatte schon bei der Präsentation seines fast 800 Mrd. US-Dollar schweren Konjunkturpaketes angekündigt, zur Gegenfinanzierung besonders die Kosten des Irak-Einsatzes deutlich zu reduzieren. Steckt im Militäreinsatz so viel Einsparpotential, dass eine derart gewaltige Summe gegenfinanziert werden kann? Nach dem fortlaufenden „Kostenzähler“ des US-Instituts *National Priorities* belaufen sich die rein militärischen Kosten des Irak-Engagements gegenwärtig auf über 600 Mrd. US-Dollar, also ohne Kollateralschäden, Folgekosten und Kosten des Wiederaufbaus im Irak selbst! Für den Einsatz in Afghanistan sind für alle beteiligten Staaten insgesamt mittlerweile noch höhere Kosten angefallen. Das Pentagon plant im Etat für 2010 erstmals mehr Geld für Afghanistan als für den Irak ein, nämlich 65 Mrd. US-Dollar für Afghanistan und 47 Mrd. US-Dollar für den Irak. Im Jahr zuvor war das Verhältnis noch umgekehrt: 87 Mrd. für den Irak zu 47 Mrd. für Afghanistan. In jedem Fall sinkt der Gesamtaufwand schon im ersten Jahr Obama um mehr als 20 Mrd. Dollar. Unabhängig von der völkerrechtlichen Zulässigkeit, der Sinnhaftigkeit und der Frage des „Erfolges“ dieser Militäreinsätze, zeigen die beiden Beispiele, mit welchem enormen schon finanziellen Kraftaufwand versucht wird, Frieden durch Waffengewalt zu schaffen, der auch nach Einsatz von über einer Billion US-Dollar in beiden Fällen nicht erreicht ist. In allen bei Militäreinsätzen engagierten Staaten stellt sich aufgrund der enormen Verschuldung durch *Rettungsschirme* und Konjunkturpakete zur Beseitigung der Finanz- und realen Wirtschaftskrise die Frage, wie lange sie die hohen Kosten für die Militäreinsätze noch mittragen vielmehr verantworten können. Obama rudert jedenfalls schon kräftig zurück und andere werden ihm folgen.

Wenn aber die Konflikte nicht mehr mit militärischen Mitteln „gelöst“ und die Eindämmung des auch in Europa tobenden Terrorismus von al-Qaida und anderen Gruppen am Horn von Afrika oder in Afghanistan nicht weiterhin mit Truppen erfolgen kann, wie können wir dann noch unsere Sicherheit gewährleisten? Könnte jetzt die Stunde der friedlichen und nachhaltigen Konfliktlösung kommen? Werden sich die Staaten endlich der für alle einschlägig Interessierten längst bekannten Erkenntnis bewusst, dass mit professionellen „Task Forces“ über den Weg der gestuften, moderierten und – außer dem Lösungsinteresse - interessenfreien Mediation nicht nur Frieden

herstellbar, sondern darüber hinaus auch vielfach langfristige Versöhnung erreichbar ist, die nachhaltig wirkt? Der mittlerweile auf diesem Gebiet erreichte Entwicklungsstand ist der breiten Öffentlichkeit fast vollständig unbekannt. Obwohl inzwischen nachweislich Konflikte mit dieser zwingenden Methodik zum Teil sogar nachhaltig, wie in Mozambique und in anderen großen und gravierenden Fällen, wie in Südafrika und Nordirland trotz einzelner Rückschläge zumindest friedlich gelöst werden konnten, hat diese einzig richtige Form der Konfliktlösung keine breite Unterstützung von Politik, Wirtschaft oder in der Bevölkerung gefunden. Eine Ausnahme gilt für die christliche Laienorganisation San Egidio, die im vergangenen Jahr gerade für ihren Erfolg in Mozambique den Aachener Friedenspreis erhielt. Aber die Arbeit, das Know How und die Erfolge vieler weltweit agierender Institute, Stiftungen und NGOs, auch der in Deutschland in der „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ vereinten Organisationen finden öffentlich wenig Widerhall. Immerhin hat es die hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) mit ihrer bemerkenswerten Arbeit geschafft, in das Excellence-Cluster deutscher Universitäten und Forschungseinrichtungen aufgenommen zu werden. Es ist jedenfalls an der Zeit, dass der Blick der Öffentlichkeit auf diese zivile Form der Konfliktbewältigung gerichtet wird, die nicht nur die schrecklichen Kriegsfolgen zu verhindern vermag, sondern auch ganz erheblich weniger Finanzmittel benötigt. Die Regierungen müssen dieser ganzheitlichen und letztlich allein ethisch zu rechtfertigenden Form der Konfliktlösung endlich mehr Unterstützung zukommen lassen. Vielleicht ergibt sie sich aufgrund der Finanznöte jetzt von ganz alleine. Denn was könnten wir auf diesem Gebiet erreichen, wenn wir nur 10% der bisherigen Kosten des Irak- und Afghanistaneinsatzes, also rund 100 Mrd. US-Dollar darauf verwenden würden? Dazu ist es jedoch erforderlich, dass die inzwischen weltweit entwickelten, erprobten und wirkmächtigen Konfliktbewältigungsstrategien aus dem Dasein einer Subkultur herausgeholt werden und in einer globalen Weltautorität gebündelt und zentral gesteuert werden, um sich gegenüber den Militäreinsätzen emanzipieren zu können.

Man stelle sich eine neue globale Weltautorität im Sinne der Forderung von Papst Benedikt XVI. vor, nennen wir sie **Millennium Mediation Center** (MMC). MMC würde nur mit einem einstelligen Prozentsatz der für die Militäreinsätze aufgewandten Mittel ausgestattet, um alle führenden Experten, Wissenschaftler und Praktiker sowie NGOs nebst den Instituten der Friedens-

und Konfliktforschung unter einem *Dach* als Netzwerk und virtuelle Forschungseinrichtung weltweit zusammenzufassen. Aufgabe dieser mit entsprechender internationaler Autorität ausgestatteten neuen globalen Einrichtung wären die Konfliktprävention und die Konfliktlösung mit hervorragend ausgebildeten Praktikern aus den unterschiedlichsten Bereichen und Regionen. Sie würde in interdisziplinären Task Forces Konflikttherde weltweit durch ein transparentes Monitoring überwachen und die Interessenlagen, zumindest politisch, so neutral wie möglich bewerten und der Weltöffentlichkeit via Internet vermitteln. Im Bedarfsfall würde sie über ihr regionales Netzwerk in betroffenen Regionen eingreifen, vor Ort zusätzlich Einheimische zu Mediatoren ausbilden, Multiplikatoren gewinnen und in einem Multi-Track-Ansatz, also in Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen eine professionelle Mediation in Gang setzen. Ähnlich wie zum Beispiel die Bundesbank und die EZB der Stabilität der Währung verpflichtet sind, wären die Organakteure nur dem Ziel des nachhaltigen Friedens unterworfen, nicht einem Staats- oder Parteiinteresse. Die Kontrolle würde über die Transparenz via Internet, interne Aufsichtsinstanzen und regelmäßige Supervision erfolgen. Ein derart mit Kompetenz, internationaler Power, Integrität und Neutralität ausgestattetes Organ ermöglichte zudem Konfliktlösungen ohne Gesichtsverlust. Es fände auch – wie in John Rawls' „Weltgesellschaftsvertrag“ angedacht - die breite Unterstützung der *Global Community* vor allem der Religionen, der Wissenschaften, der Intellektuellen, der Multiplikatoren aus vielen Bereichen und sicher auch der Wirtschaft - außer der Waffen- und „Kriegsindustrie“-, da im Erfolgsfalle die Investitionen der Unternehmen vor Ort und deren Absatzmärkte erhalten blieben.

Klingt fast wie im Märchen, wird nun mancher entgegenhalten: Ist es denn nicht utopisch zu glauben, dass sich absolutistische Machthaber, menschenverachtende Tyrannen und Terroristen wie etwa Mugabe oder gar bin Laden von einer solchen Einrichtung ihre Pfründe kaputt machen, Ihre Macht einschränken lassen oder gar vor ihr kapitulieren? Zunächst ist festzuhalten, dass noch nie versucht wurde, ein derartig neues, mit weltweiter Autorität ausgestattetes, schlagkräftiges, professionelles, neutrales und nur dem Frieden durch Mediation verpflichtetes Organ zu schaffen. Eine neue globale Einrichtung, die von der gesamten *Global Community* aus allen Völkern getragen wird. Die ohne Vetorecht eines Staates oder sonstiger

Personen nach Zustimmung ihrer internen hochrangig international und interdisziplinär besetzten Kontrollgremien und in voller Transparenz vor der Weltöffentlichkeit einen professionellen Prozess der Mediation in Gang setzen kann, spätestens wenn sie von einer der Konfliktparteien um Unterstützung gebeten wird. Natürlich stellen sich völkerrechtliche Fragen etwa der Souveränität von Staaten. Diesen Fragen steht aber regelmäßig das auch von Papst Benedikt XVI. immer wieder wachgerufene völkerrechtliche „Prinzip der Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect) als Antwort gegenüber. Dieses Prinzip der Schutzverpflichtung jeder Regierung auch gegenüber den eigenen Staatsbürgern zur Gewährleistung der Natur- und Menschenrechte wird in an Konflikten beteiligten Systemen regelmäßig verletzt. Spätestens wenn „einer Regierung die Unterstützung des Volkes entzogen ist und es zu einer offenen Konfrontation kommt, können äußere Kräfte glaubwürdig intervenieren, denn der Konflikt ist bereits ausgebrochen und die fremden Mächte tragen nicht die Verantwortung für den Bruch des Friedens“, so zu Recht Daniele Archibugi „Demokratie exportieren“ in LI 75, Seite 12, 14. Ein „Eingriff“ durch eine neutrale Weltautorität mittels neutralem professionellem Dialog wäre völkerrechtlich dann nicht nur gerechtfertigt, sondern nach dem allgemeinen völkerrechtlichen Grundsatz der „ultima-ratio“ geradezu als „mildestes Mittel“ gegenüber jedem Militäreinsatz oder einem generellen Wirtschaftsboykott mehr als legitimiert. Da es in der Methodik um gleichberechtigte Verhandlungen im weitesten Sinne geht, die zunächst keinem Fremdinteresse, keiner Beschuldigung oder Vorverurteilung zugänglich sind, wäre damit auch kein gravierender Souveränitätsverlust verbunden. Die hypothetische Verhinderungsschwelle ist daher vor der Weltöffentlichkeit grundsätzlich und erst recht im Falle eines beginnenden Dialogs im Hintergrund, wie die kürzliche Visite von Bill Clinton in Nordkorea beweist, überwindbar.

Der potentielle Einwand, dass vor jedem militärischen Einsatz diplomatische Verhandlungen auf höchster Ebene jeweils stattgefunden hätten, greift nicht. Denn diese Verhandlungen erfolgen selten frei von Drittinteressen. Auch ein etwaiger Hinweis auf die Vereinten Nationen geht fehl, weil diese trotz bescheidener Erfolge schon konstruktionsbedingt der Fessel des Vetorechtes der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates unterliegen und somit ohne - derzeit illusorische - Reform nicht frei agieren können. Den Einsatz ihrer Friedenstruppen und Blauhelme bremst der gleiche Hemmschuh, wie allein die

jahrzehntelangen fruchtlosen Stationierungen in Israel, im Kongo oder auf Zypern schon empirisch belegen. In ihrer umfangreichen Studie „Making War and Building Peace“ zur Effektivität von UN-Einsätzen und –Friedensmissionen haben Michael Doyle und Nicholas Sambanis - ungeachtet der Kritik von Gary King und Langche Zeng an ihrer Methode - jedenfalls in der Tendenz klar aufgezeigt, dass trotz des relativ bescheidenen Erfolges über alle Einsätze hinweg die UN zumindest dann effektiv und erfolgreich sein konnte, wenn sie ohne Militärintervention als neutraler Friedensstifter durch überzeugende Verhandlungen Friedensprozesse begleitet hat. Zusammengefasst lautet unter Berücksichtigung des derzeitigen Entwicklungsstandes der Vereinten Nationen ihr Plädoyer im Kern: „The international community still needed to find a way to promote sustainable peace, one that enlisted the support of a substantial majority of the local population and embodied basic principles of human rights“. Unter Berufung auch auf diese Studie stellt Daniele Archibugi in seinem bemerkenswerten Werk „The Global Commonwealth of Citizens: Towards Cosmopolitan Democracy“, 2008 heraus, dass für eine wirkungsvolle Friedensoperation eines von außen intervenierenden Dritten von diesem zu fordern sei, dass er statt als Verbündeter einer internen Konfliktpartei eher als Mediator oder Schiedsrichter agiert. Deshalb ist MMC als Mediator und politische Weltautorität neuer Art ein exakt passendes innovatives Instrument, mit dem auch Despoten Probleme hätten, indem MMC zielorientiert die Fakten auf den Tisch der Weltöffentlichkeit legt und damit Rechtfertigungsdruck auslöst. Natürlich sind die sonstigen Instrumente der Völkergemeinschaft wie Wirtschaftsboykott, Internationaler Gerichtshof, Strafgerichtshof und sonstige UN-Aktionen und –Einrichtungen damit nicht obsolet, sondern können weiterhin parallel zum Einsatz kommen. Übrigens ebenso wie Hilfsmaßnahmen und Unterstützung für die betroffene Bevölkerung, die angesichts der für Militäreinsätze eingesparten Mittel stärker und breiter angelegt erfolgen könnten. Denn wie Untersuchungen von Mary Robinson, David Held und neuere zur Problemlage in Afghanistan belegen, sind funktionierende Verwaltung und ordentliche Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Wasser, Nahrung, Bildungs- und Berufschancen die Basis für eine friedliche nachhaltige Konfliktlösung, da andernfalls die Terrorkräfte die Bevölkerung in ihrer Abhängigkeit halten. Der von den ISAF-Strategen auf Wohlstand und Fortschritt ausgerichtete friedliche „Leuchtturm“ im Pandschir-Tal Afghanistans belegt diese These. Sie dürfte auch bezogen auf das Agieren der Hamas im

Gazastreifen gelten. Obama hat nicht ohne Grund im Gegensatz zu Bush einem umfassenden Hilfsprogramm für Gaza zugestimmt. Papst Benedikt hatte diesen Gedanken bereits klar vor der UNO formuliert: „Tatsächlich können die Opfer von Not und Verzweiflung, deren Menschenwürde ungestraft verletzt wird, leicht Beute des Aufrufs zur Gewalt werden und sie können dann zu Friedensbrechern werden.“ Im Ergebnis geht es darum, die autonome Entwicklung und das Erstarben positiver Kräfte im Innern zu fördern. Wenn deshalb statt eines Militärschlages und einer Vielzahl von Einzeloperationen der verschiedensten Hilfs- und Friedensdienste - die sich aufgrund fehlgeleiteten Selbstinteresses oder gegenseitig sich ausschließender Konzepte oft von den Kombattanten gegeneinander ausspielen lassen - eine einzige geballte Aktion der Mediation durch ein globales und neutrales Organ Platz greift und dieses Vorgehen parallel unterstützt wird von humanen Versorgungs- und Hilfsaktionen der UN, wird unter dem Druck der Weltöffentlichkeit und der gestärkten internen Gegenkräfte jede Regierung ihre Haltung überdenken müssen. Auch Terror-Organisationen wie al-Qaida würden durch einen solchen Prozess eines neutralen Organs der Weltgemeinschaft herausgefordert. Al-Qaida jedenfalls käme nicht umhin, schon allein um den Rückhalt in der arabischen Welt nicht zu verlieren, sich einem solchen Dialog zu stellen. Selbst im Falle eines schon mit Waffengewalt eskalierten Konfliktes ist das Erreichen eines Waffenstillstandes auch ohne Militäreinsatz nicht ausgeschlossen. In jedem Fall wäre durch MMC der Militärschlag wirklich zum allerletzten Mittel, der auch im Völkerrecht gewünschten „ultima ratio“ degradiert. Zum Abschluss noch zwei Anmerkungen, die zusätzlich gegen den militärischen Einsatz als Allheilmittel mit allen seinen schrecklichen Folgen und für MMC sprechen:

Erstens entfällt im Falle einer unmittelbaren friedlichen Konfliktlösung weitgehend das Trauma aus Krieg oder Unterdrückung für die betroffene und alle nachfolgenden Generationen. Denn im günstigsten Fall wird es erst gar nicht entstehen oder es kann bei einer gelingenden Versöhnung - wie zu einem großen Teil in Südafrika durch die respektable Arbeit der Wahrheitskommission - für die Zukunft aufgearbeitet werden. Damit werden auch transgenerationelle Traumata, die heute vielfach Ursache aktueller Konflikte für vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten geschlagene Schlachten sind, von vorneherein vermieden. In Israel und Deutschland ist das Trauma des

Holocaust bis heute nicht aufgearbeitet. Für die in dem Erkrather Verein PAKH zusammengeschlossenen Psychologen und Psychiater zeigen sich die gravierenden psychischen Folgen für die heute Lebenden und nachfolgende Generationen in allen ihren Untersuchungen und in ihrer Praxis fast täglich. Transgenerationelle Feindbilder müssen durch mittel- und langfristige Begleitung mediatorischer Art überwunden werden.

Zweitens stehen wir zu Beginn des dritten Jahrtausends nicht nur mitten in der Bewältigung der größten Weltwirtschafts- und Finanzkrise mit erheblichem Konfliktpotenzial. Vielmehr müssen wir angesichts des Klimawandels, der Flüchtlingsströme, des Bevölkerungswachstums, der Verschiebung der Machtbalancen und dem „Neokolonialismus“ in Form des Aufkaufens von Bodenschätzen und Agrarland besonders in Afrika durch China, Indien und einige Ölstaaten eine Vielzahl von Konflikten um Wasser, Energie, Bodenschätze, Nahrungsmittel, Anbauflächen, Einflusssphären und Lebensräume in vielen Regionen unserer *Einen Welt* gewärtigen. Dass es für derartige globale Probleme keine nationalen Lösungen gibt, hat David Held in seiner „brillanten Synthese von zehn Jahren Forschungsarbeit“ (Jürgen Habermas) mit dem Titel „Soziale Demokratie im globalen Zeitalter“, 2007 überzeugend herausgearbeitet. Lösungsmöglichkeiten sieht er neben einer grundlegenden Reform des UN – Sicherheitsrates nur in einer spezifischen, die Nationen und internationalen Organisationen übergreifenden großen Koalition der Weltbürger im Sinne eines innovativen Bündnisses für soziale Demokratie und deren Bündelung in globalen Institutionen neuer Art. Aus allen diesen Gründen brauchen wir schleunigst ein international einsatzfähiges, professionelles und neutrales globales Organ der Konfliktprävention und Konfliktlösung als „politische Weltautorität“ im Sinne von Papst Benedikt XVI., um „Brücken zu bauen“, unseren „Planeten zu retten“ und damit die Kernbotschaften des Friedensnobelpreisträgers Obama Wirklichkeit werden zu lassen.

¹ Veröffentlichung und Vervielfältigung des Essays nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Autors